

Erscheint
wöchentlich dreimal:
Dienstag, Donnerstag
und Samstag.

Volksblatt

Vierteljährlicher Preis:
in der Expedition zu Pa-
derborn 10 Sgr.; für Aus-
wärtige portofrei
12 1/2 Sgr.

Alle Postämter nehmen
Bestellungen darauf an.

für
Stadt und Land.

Insertionsgebühren
für die Zeile 1 Silberggr.

N: 123.

Paderborn, 13. October

1849.

Uebersicht.

Deutschland. Paderborn (die türkische Frage); Berlin (Kammerverschlüsse; Schreiben des Hamburger Senats an den König; von Schleinitz; Gichhorn); Stettin (Kinkel); Stralsund (Kirchenversammlung); Halberstadt (die freien Gemeinden); Dresden (die Oberhauptsfrage); Schleswig (die Verhältnisse im Herzogthum); Frankfurt (die verfassunggebende Versammlung); Aus Hohenzollern (die Einverleibung in Preußen); Darmstadt (Dr. Luning); Schwerin (Bekanntmachung des Großherzogs); Vom Bodensee (das österr. Armeecorps in Vorarlberg); Mannheim (Standgericht); Karlsruhe (Zustände); München (König Ludwig); Wien (die Organisation Ungarn's; die Zermürbungen mit der Pforte; das Anlehen).

Frankreich. Paris (das Witthum der Herzogin von Orleans.)

Schweiz. Freiburg (der Bischof Marilly.)

England. London (türkische Frage)

Deutschland.

*Paderborn. 10. October. Die „Post“ enthält folgende Bemerkungen über den eigentlichen Stand der türkischen Frage: „Ungeachtet so viele unserer Zeitgenossen bemüht sind, die Möglichkeit eines allgemeinen Krieges aus den Anforderungen herzuleiten, welche Rußland und Oesterreich wegen der Auslieferung der ungarischen und polnischen Flüchtlinge gestellt, sind wir dennoch der Meinung, daß diese Befürchtungen nur aus unrichtigen, auf mißverständene Thatsachen gegründeten Schlussfolgerungen hervorgehen. Herr Titoff, der russische, und Baron Stürmer, der österreichische Gesandte, haben weder ihre Pässe von der hohen Pforte zurückverlangt, noch Konstantinopel verlassen. Fürst Radziwiłł's Sendung an den Sultan war eine besondere; er verließ Konstantinopel, nachdem er die Antwort auf seinen Antrag erhalten hatte; auch hatte er vom Kaiser von Rußland nicht die Weisung, die Auslieferung der ungarischen, sondern bloß der polnischen Flüchtlinge zu verlangen. Die Drohung, die Flüchtlinge hängen oder sonst umbringen zu lassen, ist eine Erfindung. Rußland begehrt die Auslieferung jener Flüchtlinge, welche Polen und russische Unterthanen waren, auf Grund des Vertrages von Kaimardji, Oesterreich die Auslieferung der ungarischen Flüchtlinge auf Grund des Vertrages von Belgrad. Diese Verträge geben den beiden Mächten allerdings das Recht, sie gestatten jedoch der Pforte noch eine Alternative. Die letztere hat nach diesen Verträgen die Wahl, die Flüchtlinge entweder auszuliefern, dieselben in das Innere des Landes zu senden oder dieselben in irgend ein anderes Land bringen zu lassen, wo ebensowenig ihre Sicherheit, als die der genannten Staaten gefährdet sei. Die Antwort des Sultans lautete: „er wolle diesen Verträgen dadurch nachkommen, daß er einen der beiden letzten Auswege einschlagen werde; jedoch müsse er die Auslieferung der Flüchtlinge verweigern, weil er die Gesetze der Gastfreundschaft und seine eigene Unabhängigkeit aufrecht zu erhalten gesonnen sei. Diese Erklärung der Pforte wurde selbstständig und frei von fremdem Einflusse gegeben; erst nachträglich wurden die Meinungen der englischen und französischen Gesandtschaft eingeholt. Herr Titoff und Baron Stürmer haben die Verhandlungen mit der Pforte nur bis auf weitere von ihren Regierungen einzufendende Instruktionen abgebrochen. Aus dem so geschilderten Stand der Dinge läßt sich entnehmen, daß die türkische Frage sich auf friedliche Weise lösen werde, ohne das Leben der Flüchtlinge und die Fortdauer des europäischen Friedens zu gefährden.“

Berlin, 10. October. Die zweite Kammer hat gestern über einen der wichtigsten Paragraphen der Verfassung, §. 105, entschieden. Bekanntlich war der erste Theil, nach dem Commissions-Antrage lautend:

„Gesetze und Verordnungen sind verbindlich, wenn sie in der vom Gesetze vorgeschriebenen Form bekannt gemacht worden sind.“

bereits am Freitage angenommen worden; heute handelte es sich um den zweiten Theil, nach dem Commissions-Antrage lautend:

„Nur in dem Falle, wenn die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit oder die Beseitigung eines ungewöhnlichen Nothstandes es dringend erfordert, können, in so fern die Kammern nicht versammelt sind, unter Verantwortlichkeit des gesammten Staats-Ministeriums, Verordnungen, die den Bestimmungen der Verfassungen nicht zuwiderlaufen, mit Gesetzeskraft erlassen werden. Dieselben sind aber den Kammern bei ihrem nächsten Zusammentritt sofort vorzulegen.“

Graf Dyhrn hatte beantragt, diesen Satz zu streichen; dieser Antrag wurde mit 237 gegen 63 Stimmen verworfen und der vorstehende Antrag der Commission angenommen.

Der Verwaltungs-Rath hat gestern der Ratification der in Wien geschlossenen Uebereinkunft zugestimmt und zwar mit 9 gegen 3 Stimmen, indem die Vertreter des Kurfürstenthums Hessen, des Großherzogthums Hessen-Darmstadt und der Thüringischen Staaten noch Instruktionen erwarten. Das preussische Ministerium ratificirt morgen.

Der Verwaltungs-Rath entschied sich für die Ausschreibung der Wahlen zum Reichstage, unter Protest Hannovers und Sachsens. Mit der Ausarbeitung des Wahlgesetzes ist man im Ministerium beschäftigt.

R. 3.
Berlin, (Mittwoch) 10. October, Abends. (Nach einer durch den elektrischen Telegraphen der „Köln. Ztg.“ zugegangenen Depesche.) Die zweite Kammer hat soeben den Art. 107 in der von ihrer Commission beantragten Fassung, also mit dem ausdrücklichen Zusatz:

„Eine Vertheidigung des Heeres auf die Verfassung findet nicht statt.“
durch 92 gegen 91 Stimmen angenommen.

Berlin, 9. October. Der „Preuss. Staats-Anzeiger“ theilt den Wortlaut des von dem Senate von Hamburg an Sr. Majestät den König gerichteten Schreibens mit, welches folgendermaßen lautet:

Sr. Majestät Friedrich Wilhelm IV., Könige von Preußen u. c. Allerdurchlauchtigster, Großmächtiger König, Allergnädigster König und Herr! Die vielfachen Beweise königlicher Huld, welche unser Staat von Ew. Majestät bisher zu empfangen das Glück gehabt hat, machen es uns zu einer ganz besonderen Pflicht, Ew. Majestät den tiefen Schmerz ehrerbietigst auszusprechen, von dem wir über die unwürdigen Greiffe erfüllt sind, welche am 13. des vorigen Monats gegen einen Theil der in die Heimath zurückkehrenden königlichen Truppen in unserer Stadt begangen wurden. Die gerechte Entrüstung, welche mit uns die ganze rechtliche Bevölkerung Hamburgs über diese Frevel einer aufgeregten Menge empfindet, mußte noch um so mehr gesteigert werden, als die unter der größten Aufregung bewahrte Mäßigung und besonnene Haltung der königlichen Truppen allein unsere Stadt von unabsehbarem Unglücke bewahrt hat.

Möge es uns vergönnt sein, zu hoffen, daß Ew. Majestät diese Verletzung der heiligsten Rechte der Bundes-Freundschaft durch einzelne Frevel nicht unserem ganzen Staate zum Vorwurfe anrechnen und uns nicht das Allerhöchste Wohlwollen entziehen werde, welches uns in den Tagen des Brand-Unglücks ein leuchtender Stern geworden ist und uns und alle unsere Mitbürger für immer zu unvergesslicher Dankespflicht, so wie zu den Gefühlen der tiefsten Ehrerbietung, verbindet, mit welchen wir verfahren Ew. königlichen Majestät allergehorsamste. — Der Senat der freien und Hansestadt Hamburg. (gez.) H. Kellinghusen, Dr., präsidirender Bürgermeister. (gez.) Gd. Schlüter, Dr., Sekretarius. Hamburg, 11. Sept. 1849.

E. Majestät haben dies Schreiben aus den Händen des eigens dazu vom Senat beauftragten Bevollmächtigten beim Verwaltungs-Rath, Herrn Syndikus Banks, in besonderer Audienz entgegenzu-